

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2006



## Eine Rentenformel für das längere Leben

„Altersgrenzanpassungsgesetz“: Das Wort verheißt nichts Gutes. Aber was die schwarz-rote Koalition mit diesem Sprachungetüm ankündigt, ist besser, als es klingt. Weil die Menschen – im statistisch erfassten Durchschnitt – älter werden, sollen sie etwas länger arbeiten, ehe sie in die durch ihre Beiträge wohlverdiente Rente gehen. Dagegen ist – im geltenden Rentensystem – eigentlich nichts einzuwenden. Und man kann der Bundesregierung nicht vorwerfen, sie betreibe den späteren Rentenbeginn im Hauruckverfahren. Es gibt reichlich Vorwarnzeit, das Hinausschieben der Rentengrenze geschieht eher im Schnecken tempo: von 2012 bis 2029 steigt jährlich das künftige Normalalter für den vollen Rentenbezug erst monatsweise, dann zweimonatsweise von jetzt 65 auf dann 67 Jahre.

Die Rentenformel für das längere Leben ist natürlich keine Verbeugung vor der Vitalität und der Arbeitskraft der Senioren. Dahinter steckt ein Kostenkalkül. Die längere und wahrscheinlich auch noch zunehmende Lebenserwartung erfordert bei unverändertem Rentenniveau und unverändertem Renteneintritt höhere Beiträge oder höhere Staatszuschüsse. Den Ausweg, die monatlichen Renten bei gleichen Beiträgen zu kürzen, um den längeren Rentenbezug kostenneutral zu finanzieren, hat die Politik nicht gehen wollen. Höhere Beiträge würden kaum helfen: Die Arbeitslosigkeit würde steigen und die Renteneinnahmen würden sogar sinken. Also drängt sich das ohnehin Vernünftige geradezu auf: etwas länger arbeiten in einem deutlich verlängerten Leben

Es sollte aber nicht nur bei der neuen Rentenformel bleiben. Der Gesetzgeber sollte das Arbeits- und das Rentenrecht den längeren Lebenserwartungen durch ein höheres Maß an Wahlfreiheit und Flexibilität anpassen. Das Rechnen mit mehr oder weniger Arbeitsmonaten nach oder vor dem 67. Lebensjahr muss Sache der Bürger werden. Das wäre ein Zeichen des Respekts vor der Weisheit des Alters.

Hans D. Barbier

## Weihnachtsgeschenke

Rund sieben Prozent der Bundesbürger wollen in diesem Jahr niemandem etwas zu Weihnachten schenken. 33,4 Prozent wollen weniger schenken als 2005. Lediglich 5,3 Prozent haben vor, ihren Lieben mehr Präsente als im Vorjahr unter den Weihnachtsbaum zu legen. Im Vergleich zum letzten Jahr scheint der Spaß am Geschenkekauf gedämpft: Vor einem Jahr hatten fast 50 Prozent der Befragten angekündigt, mehr Geld für Weihnachtsüberraschungen auszugeben.

[www.dresdner-bank.de/presse](http://www.dresdner-bank.de/presse)

## Arbeitsplatzbeschaffung

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist sicher: Ausschließlich kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) haben in den Jahren 2003 bis 2005 Arbeitsplätze geschaffen. Während in Großunternehmen und im öffentlichen Dienst insgesamt rund 100 000 Arbeitsplätze abgebaut wurden, stellten Klein- und vor allem Mittelständler 400 000 zusätzliche Mitarbei-

ter ein. Stimmen die Hochrechnungen des KfW-Mittelstandspanels, sind in den KMU bis Ende 2006 weitere 500 000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Für die KfW gelten Unternehmen bis zu einem Umsatz von 500 Millionen € pro Jahr als „KMU“; das sind rund 3,5 Millionen Unternehmen in Deutschland.

[www.kfw.de/DE\\_Home/Research/index.jsp](http://www.kfw.de/DE_Home/Research/index.jsp)

## Expertenrat

Die amerikanischen Arbeitsmarktforscher David Neumark und William Wascher haben rund 90 Studien zum Thema „Mindestlöhne“ ausgewertet, die seit Beginn der 90er Jahre erschienen sind. Ihr Fazit: Es gibt keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und Beschäftigung. Je nach Land, Untersuchungsmethode und Beobachtungszeitraum ergeben sich aus den Studien negative, positive oder keine Arbeitsmarkteffekte.

[www.socsci.uci.edu/](http://www.socsci.uci.edu/)

## BA-Haushalt

Der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat Mitte November den Haushaltsplan für 2007 vorgelegt. Der Etat sieht Einnahmen von 41,6 Milliarden € – 10,4 Milliarden € weniger als in diesem Jahr – und Ausgaben von 43,7 Milliarden € vor, das sind rund 6,5 Milliarden € weniger als im laufenden Jahr.

### Arbeitsplätze

	Beschäftigte in KMU, in Millionen	
	2003	2006*
Vollzeitbeschäftigte	18,5	18,6
Teilzeitbeschäftigte	4,9	5,6
Auszubildende	1,1	1,2
Erwerbstätige gesamt	24,5	25,4

\* geschätzt

Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau

Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben soll durch Entnahmen aus der Rücklage ausgeglichen werden. Der Haushaltsplan muss noch von der Bundesregierung genehmigt werden.

[www.arbeitsagentur.de/](http://www.arbeitsagentur.de/)

Haushaltsplan		
Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit in Millionen €	2005	2007*
Beiträge, Umlagen	48 424	34 404
Verwaltung	410	313
Zuweisungen	3 858	6 895
sonstiges	397	2 066
Gesamt	53 089	41 678

\* geplant

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Kinderwunsch

Für Kinder, die bis einschließlich 31. Dezember 2006 zur Welt kommen, gibt es Erziehungsgeld. Für zwei Jahre gewährt „Vater Staat“ 300 € im Monat oder 450 € monatlich für ein Jahr. Eltern mit mehr als 30 000 € Nettoverdienst im Jahr müssen ohne Erziehungsgeld auskommen.

Wer am 1. Januar 2007 oder später Nachwuchs bekommt und zur Baby-Betreuung eine Jobpause einlegt, erhält das neu geschaffene, einkommensabhängige Elterngeld. Der Staat gewährt zwölf Monate lang 67 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens, mindestens 300, höchstens 1 800 € pro Monat. Setzt auch der Partner zwei Monate lang aus, wird sogar 14 Monate lang gezahlt.

Wer nun über bevorstehende Geburtstermine spekuliert: Nur drei bis fünf Prozent der Babys kommen am errechneten Tag zur Welt.

## Jahresbilanz 2006

**Arbeitsplätze in ausreichender Zahl, dauerhaft wertbeständiges Geld und die Möglichkeit, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten: Aspekte dieser drei Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben, werden von der Im-Klartext-Redaktion monatlich betrachtet und bewertet.**

Beim Rückblick auf die zwölf Monate des Jahres 2006 waren die positiven Voten – wie in den Vorjahren – in der Unterzahl: 23 Wertungen fielen negativ aus, zwölfmal wurde ein „Plus“ vergeben; ein Sachverhalt wurde sowohl positiv als auch negativ beurteilt.

### Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kann mit „unentschieden“ bezeichnet werden. Sechs positive und sechs negative Wertungen dokumentieren die Ambivalenz. Einerseits konnte die Bundesagentur für Arbeit (BA) jeden Monat sinkende Arbeitslosenzahlen melden: Von gut fünf Millionen Arbeitslosen im Januar sank die Zahl nach und nach auf 3,995 Millionen im November. Das letzte Mal war die Arbeitslosenzahl im Oktober 2002 unter die 4-Millionen-Marke gesunken. Zum Jahresende wird die BA voraussichtlich nochmals weniger als vier Millionen Menschen ohne Arbeit zählen können. Tatsache ist auch, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten langsam wieder wächst.

Andererseits setzt sich die Besserung bei Langzeitarbeitslosen und vor allem bei jungen Erwachsenen (unter 25 Jahren) nur schleppend durch. Von den knapp vier Millionen Arbeitslosen im November waren rund 1,5 Millio-

nen Menschen länger als ein Jahr ohne Arbeit und damit laut Definition der BA langzeitarbeitslos. Von den jungen Menschen suchten im November rund 430 000 einen Arbeitsplatz, weitere 27 800 hatten noch immer keinen Ausbildungsplatz. Trotz diverser Berufseinstiegs- und Berufsförderungsmaßnahmen, trotz „Ausbildungspakt“ und sonstiger Lehrstellenaktionen von Landesregierungen und Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern steht eine nachhaltige Wende zum Besseren noch aus.

### Laufender Schwund der Kaufkraft

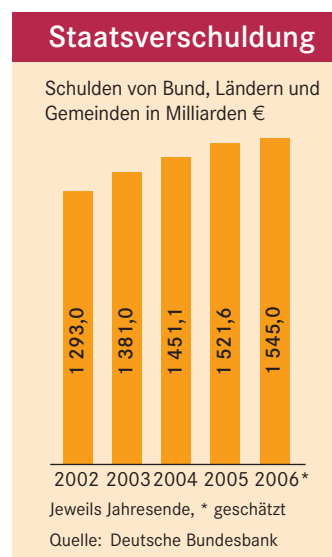
Beim Thema „Geldwertstabilität“ überwiegen die negativen Wertungen. Die Teuerungsrate lag im Jahresverlauf zwischen 1,7 und zwei Prozent; nach der Definition der

Europäischen Zentralbank gilt eine Inflationsrate von 2,0 Prozent als Obergrenze für Preisstabilität. Zwei positive Urteile waren das Ergebnis für die moderate Inflationsrate.

Stabilität kann aber nicht nur kurzfristig gemessen werden. Bund, Länder und Gemeinden haben mehr als 1 500 Milliarden € Schulden aufgetürmt, die längerfristig verheerende inflationäre Entwicklungen erwarten lassen. Die Bundesregierung will in den kommenden Jahren trotzdem nicht auf neue Schulden verzichten.

Hinzu kommt, dass Kaufkraftverluste nicht nur durch Preissteigerungen verursacht werden. Auch wenn das Einkommen durch staatliche Eingriffe – höhere Steuern und Gebühren, höhere Beiträge für die soziale Sicherung, etc. – geschmälert wird, bedeutet das für den Einzelnen: Für das Verdiente kann weniger gekauft werden, weil vom Einkommen ein größerer Teil in staatliche Kassen fließt.

Im November wurde in der Rubrik „Geldwertstabilität“ erstmals ein Sachverhalt mit „Plus“ und „Minus“ bewertet. Ursache dafür war die Ausgabe von Bundesanleihen, deren Zinsen an die Inflation gekoppelt sind. Der Grund für das „Unentschieden“: Würden nicht nur Staatsanleihen, sondern ebenso Löhne, Mieten und andere Preise automatisch an der Inflationsrate aus-





„Wir haben noch vier Millionen Arbeitslose. Es gibt also keinen Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Andererseits zeigen die verbesserten Daten, dass sich Anstrengungen lohnen. Deutschland kommt tatsächlich voran.“

Angela Merkel

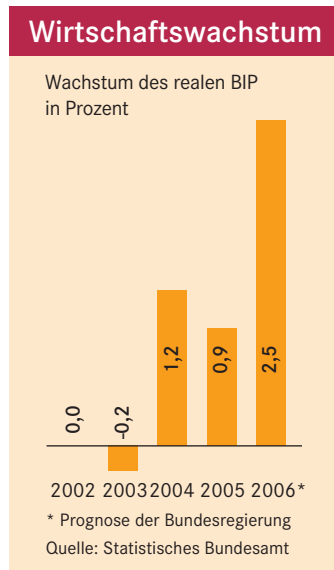
gerichtet, könnte das die Geldentwertung verstärken. Für den Einzelnen ist eine indexierte Anleihe dagegen positiv: Sollte die Inflationsrate ansteigen, wäre das in Staatspapieren angelegte Geld vor der Entwertung geschützt.

### Soziale Sicherheit „Minus“, Eigenvorsorge „Plus“

Auch bei der „Eigenverantwortung“ überwiegen im ablaufenden Jahr die Negativwertungen. Es zeigen sich immer öfter Risse im staatlich organisierten sozialen Netz; das Versprechen von sozialer Sicherheit lässt sich nur mühsam halten. Beispiel Gesundheit und Rente: Weil aus unterschiedlichen Gründen – Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsentwicklung, Missbrauch der Sozialsysteme, etc. – die Finanzierung der Sozialversicherungen unsicher ist, werden Leistungen gekürzt und Beiträge erhöht. Wer nicht privat vorgesorgt hat – oder mangels Einkommen vorsorgen konnte –, ist auf die staatlich zugesagten Sozialleistungen angewiesen. Viele Betroffene sind dann aber nicht mehr in der Lage, ihr Leben finanziell eigenständig zu gestalten.

Immerhin konnten vier positive Wertungen vergeben werden: Immer mehr Bundesbürger erkennen, dass eine auskömmliche soziale Absicherung nicht durch den Staat garantiert werden kann. Wo es dem Einzelnen finanziell möglich ist, nimmt – vor allem im Bereich der Alterssicherung – die Eigenvorsorge zu.

Alles in allem ist Deutschland im Jahr 2006 auf dem Weg zu nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung nicht



weit gekommen. Auf den ersten Blick widerspricht dieses Fazit dem Resümee der Bundesregierung. Sie stellt nach einem Jahr Regierungsverantwortung fest: „Es gibt gute Nachrichten aus der Wirtschaft und vom Arbeitsmarkt. Die Stimmung bei Wirtschaft und Verbrauchern ist so gut wie seit langem nicht.“ Ihre durchweg positive Einschätzung begründet die Regierung in der Broschüre „Bilanz der Bundesregierung 2005/2006“ mit den sinkenden Arbeitslosenzahlen, dem kräftigen Wirtschaftswachstum und der „Sanierung des Bundeshaushalts“.

### Positive oder negative Bilanz?

Aus Sicht der Bundesregierung ist der optimistische Rückblick verständlich. Immerhin hat man sich in einer großen Koalition zusammengerauft, vieles initiiert und trotz mancher Differenzen zahlreiche Gesetze auf den Weg gebracht.

Die Bürger teilen diesen Optimismus nicht. Die Umfrage-

werte für die große Koalition sind schlecht. Gemäß einer Forsa-Umfrage haben 78 Prozent der Bürger den Eindruck, dass es „der Regierung nicht gelingt, die drängenden Probleme in Deutschland zu lösen“. Nur 18 Prozent glauben, Fortschritte zu erkennen. Zugleich befürchten 72 Prozent der Bürger, dass es eine andere Bundesregierung auch nicht „besser machen würde“.

Die kritische Sichtweise ist nicht auf „Otto Normalverbraucher“ beschränkt. Zuletzt hat Anfang November der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ festgestellt, die große Koalition fahre einen „parteilichen Interessen geschuldeten Zick-Zack-Kurs“ ohne erkennbare Strategie.

Bundeskanzlerin Merkel hatte bei ihrem Amtsantritt vor gut einem Jahr erklärt, „mehr Freiheit wagen“ zu wollen. Die von ihr geführte Koali-

tionsregierung beschränkt die Freiheit der Bürger aber mit immer neuen Regulierungen, Gesetzen und Verordnungen.

Die Politik beansprucht immer mehr Kompetenzen, und sie muss dann in immer mehr Bereichen kontrollieren und gegebenenfalls korrigieren. Es ist ein Teufelskreis entstanden: Jede Intervention – so gut sie gemeint sein mag – zieht weitere Interventionen nach sich. Die Unzufriedenheit der Bürger wächst. Im ARD-Deutschlandtrend von Anfang November 2006 hatten erstmals mehr als die Hälfte der Befragten (51 Prozent) gezweifelt, ob die Demokratie in Deutschland funktioniert.

Dennoch hat sich die Stimmung in der Wirtschaft gebessert, und es wird wieder investiert. Offensichtlich hat das aber nicht die Bundesregierung bewirkt, sondern vor allem die Exportnachfrage.

Andreas Schirmer

	Arbeitsmarkt	
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte*	Erwerbstätige* mit Arbeitsort in Deutschland
1993	28,6	37,6
1994	28,2	37,5
1995	28,1	37,6
1996	27,7	37,5
1997	27,3	37,5
1998	27,2	37,9
1999	27,5	38,4
2000	27,8	39,1
2001	27,8	39,3
2002	27,6	39,1
2003	27,0	38,7
2004	26,5	38,8
2005	26,2	38,8
2006	26,3	38,9

\* in Millionen  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit



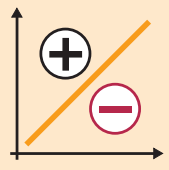
„Armut ist das sicherste Mittel, um den Menschen in den kleinen materiellen Sorgen des Alltags verkümmern zu lassen. Vielleicht mögen Genies sich über solche Drangsale erheben können; die Menschen im allgemeinen aber werden durch materielle Kümmernisse nur immer unfreier.“

Ludwig Erhard

# IM KLARTEXT

Dezember 2006

## INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

**Vollbeschäftigung** ⊕  
Ab Januar 2007 sinken die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Ein Regierungsbeschluss von Anfang November verringert den Beitragssatz von zur Zeit 6,5 auf dann 4,2 Prozent. Insgesamt werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber als Beitragszahler um 20 Milliarden € entlastet. Die Senkung wird durch einen Prozentpunkt der höheren

BA-Ausgaben		
	Ausgaben* gesamt	davon aktive Arbeitsförderung
1999	53,8	21,0
2000	53,2	21,7
2001	51,8	22,2
2002	50,9	22,1
2003	53,2	21,5
2004	54,5	18,7
2005	52,7	13,6
2006	50,3	13,1
2007	43,7	13,0

\* in Millionen €  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Mehrwertsteuer (rund 6,5 Milliarden €) finanziert, die restlichen 13,5 Milliarden soll die Bundesagentur für Arbeit (BA) „erwirtschaften“.

Für den einzelnen Arbeitnehmer und seinen Arbeitgeber bedeutet die Beitragssenkung, dass 2007 durchschnittlich jeder Beitragszahler rund 335 € weniger an die Arbeitslosenversicherung zahlen muss. Die Arbeitnehmer können das Geld für ihren Konsum, die Arbeitgeber für Investitionen verwenden; außerdem wirken sich sinkende Arbeitskosten positiv auf die Beschäftigung aus.

**Geldwertstabilität** ⊖  
Für die rund 20 Millionen Rentner gab es Ende November schlechte Nachrichten: Laut Rentenbericht der Bundesregierung werden die Renten bis mindestens 2009 nicht steigen; sie wurden zuletzt 2003 angehoben. Höhere Beiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung führen dazu, dass die ausgezahlte Rente sinkt.

Zusätzliche Belastungen entstehen ab dem 1. Januar 2007 durch die Mehrwertsteuererhöhung. Dieser Effekt wird gegenwärtig oft überschätzt. Es wird nicht berücksichtigte, dass ein beträchtlicher Teil des

Rente	
Versorgungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung	
2006	52,4 %
2007	51,7 %
2008	51,3 %
2009	50,8 %
2010	50,3 %
2011	49,3 %
2012	48,6 %
2013	48,0 %
2014	47,3 %
2015	47,2 %
2016	47,2 %
2017	47,0 %
2018	46,8 %
2019	46,7 %
2020	46,6 %

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

täglichen Konsums auch mit Jahresbeginn 2007 unverändert mit sieben Prozent Mehrwertsteuer belastet wird. Alles in allem werden die Rentner im kommenden Jahr wieder einen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen.

**Eigenverantwortung** ⊖  
Weil die Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrente nicht ausreichte, erhielten 2005 rund

630 000 Rentner Unterstützung gemäß dem „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG). Diese soziale Leistung wurde 2003 eingeführt, weil Menschen im Rentenalter oder mit Erwerbsminderung nicht mehr auf die bis dato übliche Sozialhilfe angewiesen sein sollten.

Das Statistische Bundesamt hat ausgerechnet, dass die Zahl der sogenannten Grundsicherungsempfänger im Jahresvergleich um knapp 20 Prozent gestiegen ist; gegenüber 2003 waren sogar 43 Prozent mehr Menschen auf die Grundsicherung angewiesen. In den kommenden Jahren dürfte die Zahl weiter steigen. Dann kommen vor allem Jahrgänge, die geringe Rentenansprüche haben und auch keine eigene Vorsorge treffen konnten.

Grundsicherung		
	Empfänger jeweils zum Jahresende	
	2004	2005
jünger als 65 J.	232 897	287 143
älter als 65 J.	293 137	342 337
Gesamt	526 034	629 480

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: CDU  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*